

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/104

Bad Godesberg, den 6. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Nicht die Stunde der kalten Krieger</u> Der Konflikt im Nahen Osten und die Bundesrepublik	44
2	<u>EWG - ein "Kolonialisten-Kollektiv" ?</u> Wie Radio Moskau den Afrikanern die Europäische Wirtschafts- gemeinschaft darstellt Von Herbert Bermeitinger	48
3 - 4	<u>"Kampf gegen Lauritzen"</u> Das Panier der Grund- und Hausbesitzertagung in München Ein französischer General als Kronzeuge Preuskers	72

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Großer Vertrauensbeweis für Meyer-Sevenich
Bekennnis zur patriotischen Mitte
Rechtsempfinden nicht diffamieren
Eine brachliegende Reserve
Bundesvertriebenengesetz ändern
Sudetendeutsches Treffen in Hof
Kreuzer ins gesamtdeutsche Ministerium
Nur noch ein Prozent Deutsche
Tourismus nach Polen
Karl-Sozuka-Preis verliehen

Nicht die Stunde der kalten Krieger

Der Konflikt im Nahen Osten und die Bundesrepublik

sp - Der Ausbruch von Kampfhandlungen im Nahen Osten hat natürlich auch viele Menschen in der Bundesrepublik aufgewühlt. Sicher ist eine überwältigende Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik dafür, daß sich die Bundesrepublik zwar militärisch neutral verhält aber bereit bleibt, durch humanitäre Hilfen das Leid, das jeder Krieg auslöst, zu mildern. Auch die Bundesregierung teilt diese Auffassung ist aber darüber hinaus entschlossen, ihren Einfluß dort geltend zu machen, wo darum gerungen wird, den Konflikt friedlich zu lösen.

Diese Haltung ist nicht der Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Menschen, um deren Leben es jetzt geht. Gerade wir Deutschen wissen nur zu gut, daß die meisten schwierigen Probleme dieser Welt nicht mit Waffengewalt entschieden, geschweige denn gelöst werden.

Nun kann man hier und dort hören, die Vorgänge im Nahen Osten "bewiesen wieder einmal", daß alles Gerede über Entspannung und Entkrampfung Unsinn sei. Sprichwörter wie "Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt" machen die Runde und werden auf unsere eigene Situation angewandt.

Hier und dort wird als Konsequenz eines solchen Denkens vorgeschlagen, man müsse gerade jetzt zur Zeit des Kalten Krieges zurückkehren und solle jedweden Gedanken an Bemühungen um ein geregeltes Miteinanderleben der beiden Teile unseres Vaterlandes beiseite schieben.

Genauso, wie es falsch wäre, den Kopf vor den Gefahren in der heutigen Zeit in den Sand zu stecken, ebenso wäre es falsch, jetzt so zu tun, als müßten wir nun erst recht auftrumpfen. Gerade die Vorgänge im Nahen Osten zeigen, daß latente Krisenherde immer wieder zu einer Gefahr werden, wenn man in relativ ruhigen Zeiten nicht versucht, die Ursachen der Krise zu beseitigen. Diese Einstellung mag nicht heroisch sein; sie ist aber der Niederschlag vieler Erfahrungen, die Leidgeprüfte Völker mit ihren ungelösten Problemen machen mußten.

Heute sagen zum Beispiel viele gute Kenner Ostasiens, es wäre nie zum Krieg in Vietnam gekommen, wenn man sich schon vor Jahren dazu entschlossen hätte, in weiten Bereichen Südasiens die soziale Struktur mit Hilfe einer großangelegten Bodenreform und anderen sozialen Maßnahmen zu ändern. Ähnliches sagen Experten von den meisten lateinamerikanischen Staaten.

Wer logisch denkt wird begreifen, daß diese und ähnliche Probleme nicht durch die Fortsetzung alter Fehler gelöst werden können, sondern nur durch beharrliches Einwirken auf alle politischen Kräftegruppen in der Welt, die genau so interessiert daran sind, den Frieden zu erhalten oder wieder herzustellen wie wir selbst.

Nicht die Stunde der kalten Krieger

Der Konflikt im Nahen Osten und die Bundesrepublik

sp - Der Ausbruch von Kampfhandlungen im Nahen Osten hat natürlich auch viele Menschen in der Bundesrepublik aufgewühlt. Sicher ist eine überwältigende Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik dafür, daß sich die Bundesrepublik zwar militärisch neutral verhält, aber bereit bleibt, durch humanitäre Hilfen das Leid, das jeder Krieg auslöst, zu mildern. Auch die Bundesregierung teilt diese Auffassung, ist aber darüber hinaus entschlossen, ihren Einfluß dort geltend zu machen, wo darum gerungen wird, den Konflikt friedlich zu lösen.

Diese Haltung ist nicht der Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Menschen, um deren Leben es jetzt geht. Gerade wir Deutschen wissen nur zu gut, daß die meisten schwierigen Probleme dieser Welt nicht mit Waffengewalt entschieden, geschweige denn gelöst werden.

Nun kann man hier und dort hören, die Vorgänge im Nahen Osten "bewiesen wieder einmal", daß alles Gerede über Entspannung und Entkrampfung Unsinn sei. Sprichwörter wie "Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt" machen die Runde und werden auf unsere eigene Situation angewandt.

Hier und dort wird als Konsequenz eines solchen Denkens vorgeschlagen, man müsse gerade jetzt zur Zeit des Kalten Krieges zurückkehren und solle jedweden Gedanken an Bemühungen um ein geregeltes Miteinanderleben der beiden Teile unseres Vaterlandes beiseite schieben.

Genauso, wie es falsch wäre, den Kopf vor den Gefahren in der heutigen Zeit in den Sand zu stecken, ebenso wäre es falsch, jetzt so zu tun, als müßten wir nun erst recht auftrumpfen. Gerade die Vorgänge im Nahen Osten zeigen, daß latente Krisenherde immer wieder zu einer Gefahr werden, wenn man in relativ ruhigen Zeiten nicht versucht, die Ursachen der Krise zu beseitigen. Diese Einstellung mag nicht heroisch sein; sie ist aber der Niederschlag vieler Erfahrungen, die leidgeprüfte Völker mit ihren ungelösten Problemen machen mußten.

Heute sagen zum Beispiel viele gute Kenner Ostasiens, es wäre nie zum Krieg in Vietnam gekommen, wenn man sich schon vor Jahren dazu entschlossen hätte, in weiten Bereichen Südasiens die soziale Struktur mit Hilfe einer großangelegten Bodenreform und anderen sozialen Maßnahmen zu ändern. Ähnliches sagen Experten von den meisten lateinamerikanischen Staaten.

Wer logisch denkt wird begreifen, daß diese und ähnliche Probleme nicht durch die Fortsetzung alter Fehler gelöst werden können, sondern nur durch beharrliches Einwirken auf alle politischen Kräftegruppen in der Welt, die genau so interessiert daran sind, den Frieden zu erhalten oder wieder herzustellen wie wir selbst.

EWG - ein "Kolonialisten-Kollektiv" ?

Wie Radio Moskau den Afrikanern die Europäische Wirtschafts-
gemeinschaft darstellt

Von Herbert Bermeitinger

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat in den zehn Jahren, die seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge vergangen sind, gewiß nicht alle Blühträume reifen lassen. Aber auch so, wie die Gemeinschaft sich entwickelte, ist sie attraktiv geworden. Die Beitritts-gesuche Großbritanniens, Dänemarks und Irlands, das Interesse weiterer Staaten der Kleinen Freihandelszone, aber auch die weiteren Wünsche nach Assoziation und nach handelsvertraglichen Vereinbarungen mit der EWG sind ein sichtbarer Beweis für die Attraktivität des Gemeinsamen Marktes. Vieles deutet darauf hin, daß es in ferner Zukunft sogar auch zu einer nützlichen Zusammenarbeit mit dem COMECON, dem "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" kommen könnte. Natürlich nur unter der Voraussetzung, daß die Politik der Entspannung sich durchsetzt. In Moskau hat man die wirtschaftliche und politische Bedeutung der EWG nicht weniger gut erkannt als anderswo. Deshalb ist es nicht uninteressant, zu hören, wie Radio Moskau in einer in die Länder Afrikas ausgestrahlten Sendung die zehnjährige Gemeinschaft attackierte.

Wörtlich sagte Kommentator Viktor Glasunow: "Der Gemeinsame Markt ist eine Vereinigung von Monopolen auf internationaler Ebene, dessen Ziel es ist, durch eine straffer organisierte Ausbeutung des Arbeiters in den eigenen Ländern und durch Erschließung ausländischer Märkte ein Maximum an Profit zu erzielen." Und an anderer Stelle sagt der Kommentator von Radio Moskau: "Die vom Gemeinsamen Markt zu den aufstrebenden Ländern aufgenommenen Wirtschaftsbeziehungen dienen ganz offen der Ausplünderung. Während der vergangenen zehn Jahre war es ein charakteristisches Merkmal seiner Tätigkeit, sich auf Kosten anderer Nationen zu bereichern. Kein Wunder, daß er daher überall als Kolonialisten-Kollektiv bekannt ist."

Vorgeworfen hat Radio Moskau der EWG auch noch, sie hindere die Entwicklungsländer, eigene Großindustrien aufzubauen, sie behindere in diesen Staaten aber auch "fortschrittliche soziale Veränderungen" und die Gemeinschaft habe auch dazu gedient, den "Kalten Krieg" andauern zu lassen.

Es fällt schwer, daran zu glauben, daß man in der internationalen Abteilung von Radio Moskau selbst für bare Münze nimmt, was man den Hörern in Afrika über die EWG berichtet hat. In den Hauptstädten der der EWG assoziierten afrikanischen Staaten, selbst in jenen, die durchaus gute Beziehungen zu Moskau haben, dürfte dieses kommunistische Zerrbild keinen Glauben finden, es sei denn bei jenen, die selbst mit Zerrbildern Propaganda zu betreiben pflegen. Im übrigen: Einmal mehr muß auch die Bundesrepublik Deutschland wieder für die Propagandisten in Moskau herhalten, denn die Gemeinschaft "wird von Westdeutschland beherrscht". Mithin ist sie wohl auch für die "organisierte Ausbeutung der Arbeiter" und die "offene Ausplünderung" der Entwicklungsländer, für die Behinderung des sozialen Fortschritts und für das Andauern des Kalten Krieges verantwortlich. Vielleicht sollte die Gewerkschaftsdelegation aus der UdSSR ihren Gegenbesuch beim DGB benutzen, um sich einmal über die Stellung der deutschen Gewerkschafter zur EWG zu unterhalten. An Gesprächspartnern im DGB-Bundesvorstand dürfte es nicht fehlen.

"Kampf gegen Lauritzen"

Das Panier der Grund- und Hausbesitzertagung in München
Ein französischer General als Kronzeuge Preuskers

Rw. - Pressekonferenz, Kundgebung und Tagung des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundeigentümer standen, wenn man Worte für bare Münze nehmen soll, im Zeichen der Bedrängnis, da "Zwangswirtschaft" droht, die diese schutzlose Kategorie deutscher Staatsbürger unter "Ausnahme- und Sonderrecht" stellt. So kündete es zumindest Viktor Emanuel Preusker, einstens selbst Wohnungsbauminister, der staunenden Öffentlichkeit in München.

Wenn man aus vielerlei Reden die Grundgedanken dieser Tagung zusammenfaßt, geht es einmal darum, die "unentziehbare Verfügungsfähigkeit über das Eigentum" (an Grund und Boden) abzuwehren, die der nunmehrige Wohnungsbauminister Lauritzen schwer gefährdet und zum anderen zu verhüten, daß eben diese Erklärungen der Vermieterrechte die private Bautätigkeit im Bereich der Mietwohnungen behindere. Die Begründungen für diesen Interessenstandpunkt mangelten allerdings der Schlüssigkeit. Der Präsident des Verbandes, Viktor Emanuel Preusker meinte, da einmal die Baukosten sich gesenkt hätten, andererseits aber beispielsweise im Raume Hamburg die private Bauinitiative - für Mietwohnungen - fast inexistent sei, erweise sich ganz klar, daß daran nur die Initiative des Minister Lauritzen schuld sei, dem Mieter im Falle von Kündigungen ein wenig mehr Rechte zu geben. Mit anderen Worten, alle privaten Miethausbesitzer zittern jetzt bereits - bevor das Gesetz verabschiedet ist - vor diesem "Eingriff in die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum". Dann lege man eben sein Geld besser anders an und baue keine Wohnungen. Warum eigentlich der Gesetzentwurf Lauritzensderart als Verlust zu Buche schlagen soll, das blieb bei diesen Erörterungen völlig mysteriös.

Nicht um das Mysterium aufzuklären, sondern um einfachen Gemütern ein Beispiel zu geben, für dessen Beurteilung kaum hinreichende Kenntnisse über die Zusammenhänge beim Publikum vorausgesetzt werden können, wurde das Beispiel Frankreich ganz groß herausgestellt. In Frankreich gebe es so gut wie keine Investitionen im Miethausbau während in Deutschland... Und dann sprühte das Feuerwerk der Statistik. Angeblich ist hieran in Frankreich die noch fortbestehende

Zwangswirtschaft schuld. Nicht gesagt wurde, daß Neubauten seit Jahren auch in Frankreich nicht der Bewirtschaftung und noch weniger der Mietpreisfestsetzung unterliegen. Dafür aber hatte man einen leibhaftigen französischen General zur Hand, der diesen hinkenden Vergleich Frankreich-Deutschland bestätigte. Er hat sogar dem Bundeskanzler einen Brief geschickt, der General P. Hanoteau, der im Nebenberuf als Vorsitzender der französischen Grund- und Hausbesitzer, ja sogar als Präsident der Internationalen Union der Hausbesitzer tätig ist. "Hausbesitzer aller Länder, vereinigt Euch", ist die Parole des streitbaren Generals, der in bemerkenswert guten Formulierungen in deutscher Sprache Bundeskanzler Kiesinger feierlich warnt, "das soziale Mietrecht zu ändern". Als Erbe der Menschen- und Bürgerrechte der großen französischen Revolution tritt der General der Hausbesitzer aus Paris dagegen auf, daß durch den Vorschlag von Minister Lauritzen, "die individuelle Freiheit als höchstes menschliches Gut gefährdet wird".

Nur die Liberalisierung der Wohnungswirtschaft in der Bundesrepublik habe hervorragende Ergebnisse im Wohnungsbau gezeitigt. Der General und seine deutschen Hausbesitzerkollegen annectieren bei der Wiedergabe der Wohnbautätigkeit in der Bundesrepublik einfach den sozialen und den geförderten Wohnungsbau. Nur die Privatinitiative hat es geschafft, daß - so Preusker - heute in der Bundesrepublik auf je tausend Einwohner 333 Wohnungen zu zählen seien. Und nun will man diesen Helden der Mietwohnungsversorgung in deutschen Landen aufordern, daß die Kündigungen ein berechtigtes Interesse nachzuweisen haben. Das ist unerträglich; daher Kampf gegen Lauritzen auf der ganzen Linie.

Die der Öffentlichkeit bei dieser Kampftagung vorgelegten Gerichtsurteile, die nachweisen sollen, daß es doch schon genug Schutz gebe, besagen allerdings bei genauer Durchsicht eigentlich ganz etwas anderes. Da wird einer schwangeren Frau in Herford zugebilligt, daß für sie die Wohnungssuche eine zu große Belastung sei, weil - eben ein erheblicher Mangel an Wohnungen bestehe. Auch ein anderes Urteil spricht kaum dafür, daß man sich stets auf die Einsicht der Vermieter verlassen kann. Da geht es nämlich um eine Räumungsklage gegen einen blinden achtzigjährigen Kriegsbeschädigten. So kraß aber müssen die Fälle nicht liegen, um jenen Notständen zu begegnen, die der Gesetzentwurf des Minister Lauritzen zum Gegenstand hat.